

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

MEMORANDUM ZUM WELTGIPFEL FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Das 'Joburg-Memo

kompakt

ÖKOLOGIE – DIE NEUE FARBE DER GERECHTIGKEIT



Das Jo'burg-Memo kompakt

Auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung, der Ende August/Anfang September stattfindet, werden so oder so die Weichen für die Zukunft unseres Globus gestellt. Die bisherigen diplomatischen Vorbereitungen lassen befürchten, dass die Gipfelkonferenz in Johannesburg zu kurz springen wird. Es ist noch viel gesellschaftlicher Druck nötig, um die Regierungen zu ernsthaften Vereinbarungen zu bringen, mit denen die großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte aufgenommen werden. Die globale Umweltkrise wie die sozialen Nöte von Milliarden Menschen erfordern eine weltweite Allianz gegen Armut und Umweltzerstörung. Daran wird Erfolg oder Misserfolg des Johannesburg-Gipfels zu messen sein.

Als Beitrag zur Debatte zu einer globalen Agenda nachhaltiger Entwicklung hat die Heinrich-Böll-Stiftung 16 prominente Intellektuelle, Politiker, Aktivisten und Geschäftsleute aus aller Welt eingeladen, ein Memorandum zu verfassen, das ins Gedächtnis ruft, worum es geht und was getan werden muss. Koordiniert von Wolfgang Sachs ziehen sie Bilanz über die zehn Jahre seit Rio, und entwickeln eine ambitionierte Programmatik für die vor uns liegenden Jahre.

Nachfolgend ist das Memorandum kurz zusammengefasst. Die Langfassung sowie das englische Original finden Sie im Internet unter www.joburgmemo.de und können bei der Heinrich-Böll-Stiftung bestellt werden.

Ralf Fücks, Barbara Urmüssig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Rio im Rückblick



Wolfgang Sachs
Koordinator und Redakteur

Umweltpolitik im Aufwind Die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro war ein Wendepunkt. Zuvor wurden Umweltfragen eher belächelt, danach mussten sie ernst genommen werden. Der „Erdgipfel“ hat bewirkt, dass Umweltthemen Eingang in den Kreis offizieller Politikfelder fanden und Umweltpolitik weltweit zur Regierungsaufgabe avanciert ist. Der Rio-Prozess hat auf internationaler Ebene zu neuen Ordnungsstrukturen geführt. Eine Reihe von Konventionen – wie etwa das Klimarahmenabkommen und die Konvention über Biologische Vielfalt – haben ein neues Stück Völkerrecht geschaffen. Insgesamt wurde in den letzten zehn Jahren mit institutionellen Neuerungen (wie z.B. verschiedene Vertragsstaatenkonferenzen, multilaterale Entscheidungsprozesse und die UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung) das Grundgerüst für eine internationale Ordnungspolitik zugunsten der Biosphäre aufgebaut.

Der wirkliche Star von Rio ist jedoch der Begriff „Nachhaltige Entwicklung“. Er wirkt wie ein Allzweckkleber, der Freund und Feind gleichermaßen zusammenbindet und hat im letzten Jahrzehnt als Kompromissformel eine bemerkenswerte Karriere durchlaufen. Natürlich war ein Preis für den Konsens zwischen Umweltschützern und Wirtschaftsfreunden zu bezahlen: Die Klarheit blieb auf der Strecke.

Leitstern der Bürgergesellschaft Die Botschaft von Rio wurde weitgehend von zivilgesellschaftlichen Grup-

pen verbreitet. Sie stießen in den Folgejahren öffentliche Debatten an, richteten Forschungszentren ein und veröffentlichten Berichte mit alarmierenden Zahlen. Auch Unternehmer griffen die Rio-Botschaft auf und setzten sich für öko-effiziente Innovationen ein. Quer über den Globus experimentierten Lokale Agenda 21-Gruppen und andere Initiativen mit dem Umbau zur Nachhaltigkeit und erarbeiteten sich viel Kompetenz. Der Erdgipfel war dabei stets ein wichtiger Bezugspunkt für zivilgesellschaftliche Gruppen, hatte er doch einen Raum der Legitimation für non-konformes und innovatives Verhalten geschaffen. Nicht selten wurden die Rio-Erklärungen zum Dorn im Fleisch der Mächtigen.

Unerfüllte Versprechungen In einem größeren Kontext gesehen enthüllt sich der Erdgipfel jedoch als leeres Versprechen. Der Norden vernachlässigte die Vereinbarungen von Rio und der Süden zeigt nach wie vor ein geringes Interesse an Umweltfragen. Kein Wunder also, dass sich der Gesundheitszustand der Erde weiter verschlechtert: Arten und Lebensräume verschwinden, die Zerstörung von Urwäldern nimmt ihren Lauf, die Fruchtbarkeit des Bodens verringert sich, die Meere werden weiter überfischt und zusätzlich tauchen neue Gefährdungen durch genetische Manipulationen auf. Vor diesem Hintergrund verblassen gute Nachrichten wie die Flächenzunahme der Naturschutzgebiete, die Abnahme der FCKW-Menge und die Stagnation der Kohlenstoffemissionen auf dem Niveau von 1998.



Henri Acselrad

Auch die weltweite Ungleichheit nahm in der letzten Dekade weiter zu. Der Süden fühlt sich daher zurecht verschaukelt. Trotz der Bekräftigung des 0,7-Prozent-Ziels in Rio sind die öffentlichen Entwicklungsgelder in den letzten zehn Jahren gesunken und aus dem viel diskutierten Transfer von Umwelttechnologie ist auch kaum mehr als ein Reinfluss geworden. Zudem sah sich der Süden auch bei anderen Gelegenheiten freundlicher Gleichgültigkeit gegenüber, so etwa bei den Strukturanpassungsmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF), dem Entschuldungsprogramm der G7, den fallenden Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt oder der oftmals arroganten Politik der Welt handelsorganisation (WTO).

Marrakesch schlug Rio Die gleichen Regierungen, die sich in Rio noch als Anwälte der Erde präsentiert hatten, outeten sich im Januar 1995 in Marrakesch mit der Gründung der WTO als Verkäufer des Planeten. Sie gingen unbesorgt Verpflichtungen ein, die transnationalen Unternehmen den bedingungslosen Zugang zu Schätzen der Natur ermöglichen. Auch der Einfluss staatlicher Macht wurde zugunsten unbeschränkter Unternehmensmobilität geschwächt. Die Schaffung eines grenzenlosen Weltmarktes, auf dem Kapital und Waren (aber keine Menschen!) sich ungehindert bewegen können, war den Staatslenkern wichtiger als Ökologie und Gerechtigkeit. Die Umkehrung der Prioritäten hat jeden ernst zu nehmenden Fortschritt nach Rio gebremst.

Die neo-liberale Globalisierung hat dazu geführt, dass sich jener verhängnisvolle Wirtschaftsstil, der unbezahlte Naturwerte in Waren umwandelt, bis in den letzten Winkel der Erde verbreitet. Diese Deregulierung vollzieht sich innerhalb eines Preisgefüges, in dem Preise nichts über die ökologischen Kosten aussagen. Der Druck der offenen Märkte zwingt Länder im Süden und Osten zu einer beschleunigten Ausbeutung ihrer Naturschätze. Wo Strukturanpassung zum Dauerzustand wird, gehören fiskalische Zurückhaltung, Kürzung der Sozialausgaben und Exportförderung zu gängigen Maßnahmen. Sie sorgen dafür, dass der Schutz des Gemeinwohls den Wettbewerbsinteressen privater Akteure zum Opfer fällt. Wirtschaftliche Macht ist zur politischen Macht geworden.

Zweideutige Entwicklungsidee Der Grundstein dieses Scheiterns wurde bereits beim Erdgipfel gelegt, denn der Rio-Diskurs hielt am Glauben an ungehemmte Märkte fest. Ihr Wachstum galt als Bedingung für Nachhaltigkeit und als Motor für Öko-Effizienz. Damit versäumten es die Staaten sich von der konventionellen Idee der Entwicklung zu verabschieden. „Entwicklung“ ist ein Konzept von monumentaler Leere, das vage positive Absichten andeutet. Es lässt sich leicht als Vehikel für einander gänzlich widersprechende Perspektiven nutzen: Die

Vorkämpfer des Bruttosozialprodukts identifizieren damit Wachstum ohne Rücksicht auf Verluste beim Natur- und Sozialkapital; die Vorkämpfer der Gerechtigkeit verbinden mit Entwicklung mehr Rechte und Ressourcen für die Armen und Machtlosen. Beide Perspektiven in eine konzeptuelle Hülle verpackt führen zur Verwirrung, wenn nicht gar zu politischer Verschleierung.

Die konzeptionelle Hülle „Entwicklung“ mit dem Adjektiv „nachhaltig“ zu versehen, hat auch nicht mehr Genauigkeit gebracht, sondern im Gegenteil dafür gesorgt, dass sich der Gegenstand der Nachhaltigkeit vom Schutz der Natur zum Schutz der Entwicklung verschob. In Rio kam es allen Beteiligten gelegen, die Entwicklung-als-Wachstum-Philosophie nicht in Frage zu stellen. Dringende Fragen – Was für eine Art der Entwicklung? Zu wessen Nutzen? In welche Richtung? – blieben deshalb unbeantwortet.

2. Die Johannesburg Agenda

Es ist die Herausforderung, von Johannesburg über Rio hinaus zu gehen, doch die Gefahr von Johannesburg besteht darin, hinter Rio zurück zu fallen. Dem Süden – und vor allem Südafrika – liegt daran, Johannesburg eher zu einem Entwicklungs- als zu einem Umweltgipfel zu machen. Angesichts der systematischen Vernachlässigung der Gerechtigkeitsfrage in der Weltpolitik ein mehr als verständliches Ansinnen. Eine Konzentration auf eine Entwicklungsagenda ohne Berücksichtigung der weltweiten Naturkrise wäre jedoch ein erheblicher Rückschritt. Die legitime Forderung des Südens nach Gerechtigkeit ist nur dann einzulösen, wenn die bio-physischen Grenzen der Erde voll berücksichtigt werden.

Nachholende Entwicklung in den Wind schlagen

Das nördliche Entwicklungsmodell hat die Sehnsüchte des Südens und des Ostens geprägt. Dabei ist offenkundig, dass es sich bei vielen der vermeintlich glorreichen Errungenschaften des Nordens in Wirklichkeit um Illusionen handelt. Sie bestehen hauptsächlich darin, Macht von der Natur auf den Menschen zu übertragen und die Natur abgetragen und angeschlagen zurück zu lassen. Seit Mitte der 70er-Jahre ist die globale ökologische Überforderung zu einem herausragenden Kennzeichen der Menschheitsgeschichte geworden. Ein großer Teil dieser Überforderung hängt mit dem übermäßigem Verbrauch fossiler Brennstoffe zusammen. Würden alle Länder der Welt dem nördlichen Industriemodell folgen, bräuchte es fünf Planeten, die als CO₂-Senken für die wirtschaftliche Entwicklung erhalten. Nachholende Entwicklung um der Gerechtigkeit willen würde die Mutter aller Katastrophen werden.

Fußabdruck der Reichen verkleinern Während die Suche nach größerer Gerechtigkeit von alters her damit



Farida Akhter



Ada Amon



Tewolde Berhan Gebre Egziabher



Hilary French



Pekka Haavisto



Paul Hawken

zu tun hat Machtgebrauch einzuschränken, geht es mittlerweile auch um die Beschränkung des Naturverbrauchs. Macht bestimmt heutzutage, wer wieviel Umweltraum beanspruchen kann. Wenn Gerechtigkeit eine Chance haben soll, müssen die Mächtigen den Machtlosen sowohl politischen wie ökologischen Raum überlassen. Es sind vor allem die Industrieländer, die das Erbe der Natur in exzessiver Weise antasten; ihr ökologischer Fußabdruck ist größer – teils sogar sehr viel größer – als ihr eigenes Territorium.

In Bezug auf den Ressourcenverbrauch führt die übliche Unterscheidung zwischen Nord und Süd in die Irre. Die Begriffe „Nord“ und „Süd“ sind in erster Linie diplomatische Artefakte. Die tatsächliche Trennungslinie verläuft mittlerweile quer durch jede einzelne Gesellschaft und trennt die lokalisierten Armen von den globalisierten Reichen, die globale Konsumentenklasse von der sozialen Mehrheitswelt. Indem die Konsumentenklasse durch die globale Reichweite transnationaler Unternehmen zwei Drittel der weltweiten Ressourcen vereinnahmt, trägt sie zur Marginalisierung jenes Drittels der Weltbevölkerung bei, das seinen Lebensunterhalt direkt durch den freien Zugang zu Land, Wasser und Wäldern erhält. Die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks der Konsumentenklasse ist daher mehr als eine Frage der Ökologie; sie ist eine Frage der Fairness und der Gerechtigkeit.

Existenzrechte der Armen sichern Im Gegensatz zu Rio wird sich der Johannesburg-Gipfel auf Armutsbekämpfung konzentrieren. An der Frage wie und durch wen die Armut zu beseitigen ist scheiden sich jedoch die Geister. Der eine Ansatz stellt die Rolle von Investoren, transnationalen Konzernen und Wirtschaftsplanern im Mittelpunkt. Er setzt auf export-orientierte Armutsbekämpfung und damit auf ein Mehr an Globalisierung. Der andere Ansatz – den wir unterstützen – sieht Arme als Akteure, die weit davon entfernt sind nur Bedürftige zu sein, die auf Zuwendungen warten. Sie sind vielmehr Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund mangelnder Rechte, Eigentumstitel, Einkünfte oder politischer Einflusskraft marginalisiert sind. Jeglicher Versuch Armut zu lindern muss sich deshalb auf die Stärkung von Rechten und Chancen konzentrieren. Dies trifft vor allem auf die oft rechtlich unterprivilegierten Frauen zu.

Eine solch lebensunterhalts-orientierte Perspektive verträgt sich schwerlich mit export-orientierten Armutsbekämpfungsstrategien. Dafür deckt sie sich mit dem Interesse an Umweltschutz und widerlegt den oft gehörten Gemeinplatz, Umweltschutz vertrüge sich nicht mit Armutsbekämpfung. Ökologie fällt dann ins Gewicht, wenn es darum geht Existenzrechte zu sichern. Gemeinschaftsrechte auf Naturressourcen zu stärken ist deshalb ein Kernstück einer lebensunterhalts-zentrierten Politik.

Sprung ins Solarzeitalter wagen Die Preisfrage des 21. Jahrhunderts lautet: Wie kann man der doppelten Zahl an Menschen auf der Erde Gastfreundschaft gewähren ohne die Biosphäre in den Ruin zu treiben? Die Antwort liegt in unseren Augen darin, zügig die industrielle Wirtschaft, die mit der Natur verschwenderisch und mit Menschen unwirtschaftlich umgeht, hinter sich zu lassen und eine regenerative Wirtschaft aufzubauen, die klug mit der Natur umgeht und mehr Menschen Arbeit gibt. Neben einer radikalen Senkung des Ressourcenverbrauchs ist dafür die Verlagerung der Rohstoffbasis von fossilen zu solaren Energien und Materialien nötig. Eine solche mit minimalem Natureinsatz funktionierende Ökonomie wird Photovoltaik, Windkraft, kleine Wasserkraftwerke und vielerart Biomasse nutzen und zeichnet sich vermutlich durch dezentralisierte, kleinere Produktionsstrukturen aus.

Die Länder des Südens haben die Möglichkeit, früher und massiver als die nördlichen Ökonomien in die Solarwirtschaft einzusteigen. Während die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen den Norden immer weiter in eine Sackgasse treibt, haben Länder, die noch nicht vollständig im Industrialisierungsmodell alten Stils festsitzen, die Chance das Stadium rohstoffverschwendender Produktion zu überspringen und auf direktem Wege im nach-fossilen Zeitalter anzukommen. Auf diese Weise könnte der Süden Jahrzehnte nach der staatlichen Unabhängigkeit auch größere wirtschaftliche Unabhängigkeit erreichen.

3. Armuts-Ökologie

Die Politik der Armutsbekämpfung ist gespickt mit schiefen Vorstellungen. Zu den beliebten Mythen gehört die Auffassung, (a) die Armen würden die Umwelt zerstören, (b) Wirtschaftswachstum behebe die Armut und (c) Wachstum sei deshalb das Rezept für die Beseitigung der Armut wie der Umweltbelastung. Wir sind der Auffassung, dass jedes Glied in dieser Argumentationskette fehlerhaft ist. Deshalb sind darauf basierende politische Entscheidungen allzu leicht kontraproduktiv.

Biologische Vielfalt und Existenzsicherung Bäuerliche Gemeinschaften haben sich im allgemeinen als sorgsame Hüterinnen und Anwälte von Ressourcen und Ökosystemen erwiesen. Da die Armen auf die Fruchtbarkeit des Bodens, Fische aus Gewässern, auf medizinisch verwertbare Pflanzen, auf Holz aus den Wäldern und auf wild lebende Tiere für ihr Überleben und ihre Einkünfte angewiesen sind, haben sie ein starkes Interesse daran Naturressourcen und Artenvielfalt zu schützen. Frauen spielen eine zentrale Rolle bei der Erhaltung und strategischen Nutzung der spezifisch biologischen Vielfalt ihrer Umgebung. Der Monokultur-Mentalität der



Hazel Henderson



Ashok Khosla



Sara Larraín



Reinhard Loske

industriellen Landwirtschaft fehlt dagegen oft der Blick für Wechselbeziehungen zwischen Menschen, Pflanzen und Tieren.

Boden und Wasser als Lebens-Mittel Bodendegradation und der begrenzte Zugang zu Land sind Schlüsselfaktoren ländlicher Armut. Wenn die Bodenfruchtbarkeit abnimmt, sinkt die landwirtschaftliche Produktivität. Häufig hängt abnehmende Fruchtbarkeit mit Wassermangel zusammen, der zur Übersalzung und Erosion des Bodens führt. Die Verschlechterung der Land- und Wasserressourcen unterhöhlt die Lebensgrundlage von Kleinbauern, die dadurch zur Flucht aus ihren Dörfern gezwungen werden.

Um den Lebensunterhalt lokaler Gemeinschaften zu sichern, müssen die vor Ort in Tausenden von Jahren kultivierten, nachhaltigen Praktiken der Landnutzung wiederbelebt und weiterentwickelt werden. Zudem ist der Schutz der Kleinbauern vor der Privatisierung ihres Wissens, ihrer Techniken und ihres Saatgut durch transnationale Unternehmen nötig.

Energie zur Renaissance des Landes Energiepolitik wird in der Regel von Eliten entworfen und gestaltet, für die kommerzielle (also fossile) Brennstoffe die einzige akzeptable und legitime Energiequelle sind. Die Interessen der marginalisierten Mehrheit finden dabei kaum Beachtung. Die Armen müssen sich mit dem zufrieden geben, was verschleiern „nicht kommerzielle“ Energiequellen genannt wird, also mit Holz, Kuhdung, Ästen und landwirtschaftlichen Abfällen. Der Mangel an kommerzieller oder bezahlbarer Energie führt häufig zur Zerstörung der Vegetation.

Sowohl aus sozialen Gründen – Arbeitsplatzbeschaffung und bessere Lebensbedingungen – wie aus Umweltschutzgründen – globaler Klimaschutz und örtlicher Artenschutz – müssen erneuerbare Energien unverzichtbare Bestandteile jeder Strategie sein, die langfristig Lebensgrundlagen sichern will. Der Übergang in eine nach-fossile Wirtschafts- und Lebensweise ist nur als breiter, mehrstufiger Prozess denkbar, der sowohl den Einzelnen wie das Gemeinwesen, die Institutionen der Bildung wie des Glaubens, das Dorf wie die globale Ordnungspolitik umfasst.

Umwelt- und Gesundheitsschutz in den Städten Nirgends ist die Wohlstandskluft größer als in den Metropolen. Unsichtbare Grenzen trennen die Reichen von den Armen. Städtische Armut unterscheidet sich von ländlicher dadurch, dass nicht-monetäre Güter wie saubere Luft und Wasser, Obdach oder Sicherheit in Städten weniger verfügbar sind als auf dem Land.

Umweltprobleme in den Städten des Südens (und zunehmend auch des Ostens) entstehen durch Wassermangel, Krankheitserreger oder Giftstoffe in Luft, Wasser oder Nahrung und durch Behausungen an ungeeig-

neten Orten. Umweltzerstörung in Städten bedroht nicht nur das soziale Überleben, sondern auch das physische Überleben von Armen.

Die marginalisierte Mehrheit der Städte trägt ihrerseits nur wenig zum Niedergang der Umwelt bei. Ihr Pro-Kopfverbrauch an fossilen Brennstoffen, Wasser oder Land mitsamt der Produktion von Müll und Treibhausgasen ist wesentlich geringer als jener der Mittelklasse und der hohen Einkommensgruppen. Um das Leben und den Lebensunterhalt der städtischen Armen zu verbessern, kommt es deshalb auf zwei Dimensionen der Umweltpolitik an: den Ressourcenverbrauch der Wohlhabenden zu senken und die Ärmern in ihrer Verwundbarkeit gegen Gefährdungen zu schützen. Umweltpolitik ist somit Teil eines umfassenden Bemühens, den politischen Raum für marginalisierte Bürger zu erweitern.

4. Reichtums-Ökologie

Armut ist der siamesische Zwilling von Reichtum. Beide entwickeln sich gemeinsam, und keiner von beiden kann ohne den anderen völlig verstanden werden. Armutslinderung ist deshalb nicht von Reichtumslinderung zu trennen. Konventionelle Entwicklungsexperten definieren soziale Gerechtigkeit implizit als Problem der Armen. Das Konzept des Umweltraumes verdeutlicht im Gegensatz dazu das Verhältnis zwischen Ökologie und Gerechtigkeit.

Der weltweit zur Verfügung stehende Umweltraum ist nicht unendlich, er hat (flexible) Grenzen, welche die Möglichkeiten der Menschen beschränken. Langfristig wird nur das Gleichheitsprinzip zur Verteilung des weltweiten Umweltraumes unter den Bewohnern der Erde Bestand haben. Es besagt, dass grundsätzlich jeder Erdbewohner das gleiche Recht auf das natürliche Erbe genießt.

Die Betonung des Gleichheitsprinzips richtet sich gegen die groteske Ungleichheit, die das Verhältnis zwischen den Menschen in Bezug auf die Natur beherrscht. Wichtig dabei ist, dass weder die Überkonsumenten ein Recht auf übermäßige Zuteilung geltend machen, noch die Unterkonsumenten ein Recht darauf konstruieren können, die Überkonsumenten einzuholen. Das Streben nach Gerechtigkeit kann nur als legitim angesehen werden, soweit es sich auf ein gerechtes und ökologisch unbedenkliches Entwicklungsniveau richtet. Diese Vision von „Kontraktion und Konvergenz“ kombiniert Ökologie und Gerechtigkeit in eleganter Weise: So wie Gerechtigkeit eine Bedingung für ökologischen Erfolg ist, so ist auch Ökologie eine Bedingung für internationale Gerechtigkeit.

Rückzug aus dem Gemeinschaftsgut Erdatmosphäre In Johannesburg wird die Welt die (hoffentlich)



Anita Roddick



Vivienne Taylor



Christine von Weizsäcker



Sviatoslav Zabelin



Heman Agrawal
Assistent für Koordination
und Redaktion

abgeschlossene Ratifizierung des Kyoto-Protokolls feiern, auch wenn es eher den Erfolg im Prozess als erfolgreiche Resultate zu feiern gibt. Die Klimakonvention ist so gestrickt, dass der Schwerpunkt auf Auswirkungen statt auf Ursachen des Klimawandels liegt: Emissionen werden gemessen und gezählt, überwacht und verwaltet. Das fossil-intensive Entwicklungsmodell wird jedoch genauso wenig in Frage gestellt wie die Regeln und Interessen, die das Wirtschaftswachstum antreiben. Daher läuft die Diskussion über Klimapolitik weitgehend getrennt ab von der über nachhaltige Entwicklung.

Was kommt nach dem Kyoto-Protokoll? Fakt ist, dass die drohende Klimaveränderung durch diese Konvention alleine nicht aufzuhalten ist. Fakt ist aber auch, dass Klimaveränderungen mit ziemlicher Sicherheit eine Rolle spielen werden im landwirtschaftlichen Rückgang, der sozialen Spaltung und einer möglichen neuen Völkerwanderung. Die Gründe für Klimaturbulenzen sind hauptsächlich im Norden zu finden, ihre zerstörerischen Auswirkungen treffen größtenteils den Süden. Ohne die Reduzierungsverpflichtungen des Nordens und des Südens gerecht auszubalancieren, wird es keinen wirklichen Klimaschutz geben. Nur ein Rahmenwerk, das auf gleichen Pro-Kopf-Anrechten auf das Gemeinschaftsgut Atmosphäre beruht, ist gerecht und fair. Jedes andere Zuweisungsschema würde die koloniale Konstellation wiederholen.

Weniger Druck auf Ökosysteme und Gemeinschaften Naturressourcen, einmal auf dem Weltmarkt, streben – angezogen durch den Sog der höheren Kaufkraft – tendenziell von Süd nach Nord. Die Liberalisierung des Welthandels intensiviert diesen einseitigen Materialfluss. Die Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) formulierte ökologische, rechtliche und politische Bedingungen für die Ausbeutung von Ökosystemen. Da sie aber vornehmlich an der Angebots- und nicht an der Nachfrageseite interessiert war, gelang es ihr nicht den Fluss biologischer Ressourcen von Süd nach Nord und von ländlichen Gebieten in städtische Ballungsräume zu stoppen. Der Zugewinn aus genetischem Material stand im Vordergrund und damit nicht der Schutz des natürlichen Reichtums, sondern der Schutz des erhofften Reichtums einiger Unternehmen und Staaten durch das Gengeschäft.

Dennoch ist die CBD in Bezug auf Gerechtigkeit und Fairness ein Erfolg: Sie beendet das koloniale Erbe der Rohstoffplünderung ohne Bezahlung, indem sie das souveräne Verfügungsrecht der Nationen über ihre Naturressourcen kodifiziert. Ein Erfolg in Sachen Gerechtigkeit ist jedoch nicht notwendigerweise ein Erfolg in Sachen Nachhaltigkeit. Nationale Souveränität kann nicht volles Eigentum an Ökosystemen und Naturressourcen bedeuten, da diese immer auch globales Gemeinschaftsgut sind. Vom Standpunkt des

Umweltschutzes aus ist es daher nicht genug, Gerechtigkeit neu zu definieren als gleiches Anrecht auf Besitz. Die Ökologie verlangt, gleiche Rechte mit Vorsicht und Zurückhaltung auszuüben. Andernfalls wäre Gerechtigkeit nichts anderes als gleichberechtigte Beteiligung an der bisherigen Raubökonomie.

Eine weitere Konfliktlinie verläuft zwischen den Rechten traditioneller Gemeinschaften an ihren lokalen Ressourcen und dem Anspruch der staatlichen Hoheit auf nationale Ressourcen. Die CBD sieht traditionelle Gemeinschaften nicht mehr als Teil des Problems, sondern als Teil der Lösung an, da sie seit Jahrhunderten Hüter der biologischen Vielfalt sind. Indem sie den Existenzrechten traditioneller Gemeinschaften einen besonderen Stellenwert einräumt, bringt sie gleichzeitig Menschenrechte und Umweltschutz voran.

Anerkennung von Gemeinschaftsrechten an biogenetischem Wissen Menschliche Gemeinschaften unterscheiden sich in unter anderem dadurch, wie sie mit Wissen über die natürliche Umwelt umgehen. Gemeinschaftsbasierte Wissenssysteme indigener Völker und lokaler Gemeinschaften:

- zeigen sowohl biologische wie kulturelle Vielfalt,
- definieren biologisches Wissen als Gemeinschaftsgut,
- dienen der Existenzsicherung und örtlichen Märkten,
- sind weitgehend auf die Verwaltung von Ressourcen und Wissen durch Frauen gegründet,
- werden mündlich weitergegeben und
- sind weder kapital- noch energieintensiv.

Im Gegensatz dazu hat sich seit der Moderne in Europa ein naturwissenschaftliches Wissenssystem entwickelt, das:

- sich auf einzelne Gene konzentriert, die einen vorhersehbaren Marktwert haben,
- biologisches Wissen und Ressourcen als geistiges Eigentum privatisiert,
- weltweite Reproduzierbarkeit der Resultate unter bestimmten Bedingungen erlaubt,
- vorwiegend auf männlichem Sachverstand basiert, Wissen in schriftlicher Form verbreitet und
- kapital- und energieintensiv ist.

Das verallgemeinernde, moderne Wissenssystem – das mit dem Weltmarkt konform läuft – ist dabei, alle anderen Wissenssysteme zu ersetzen. Das Gebot der Fairness verlangt dagegen, dass auch gemeinschaftliches Wissen geschützt wird und international eine Chance hat. Denn wer das Wissenssystem beherrscht, setzt sich auch in der Politik durch. Besonders deutlich wird dies angesichts des WTO-Abkommens über handelsbezogene geistige Eigentumsrechte (TRIPS). Es läuft den Zielen der CBD zuwider, weil es aus Wissen eine patentierte Ware macht, zu der nur die Reichen Zugang haben. Gerechtigkeit und gleiche Aufteilung von Gewinnen kann es nur

dann geben, wenn die speziellen Merkmale der gemeinschaftlichen Wissenssysteme anerkannt und honoriert werden.

5. Governance für Fairness und Ressourcenschutz

Der Globalisierungsprozess ist nicht notwendigerweise mit der Vorherrschaft des Neoliberalismus identisch. Wir plädieren für eine demokratische Globalisierung, die den aufsteigenden transnationalen Raum nach den Prinzipien der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit gestaltet, um einer Vielzahl von Kulturen Heimat zu sein und die Grundrechte eines jeden Weltbürgers anzuerkennen.

Rechte lokaler Gemeinschaften Governance demokratisch zu gestalten, ist der beste Weg, um Natur- und Lebensrechte zu stärken. Gemeinschaften sollten das Recht (und die Verpflichtung) haben Land, Wasser und Saatgut zu beaufsichtigen und zu kontrollieren und die Möglichkeit diese Ressourcen im Sinne ihrer Traditionen zu verwalten. Eine Rahmenkonvention zum Schutz von Gemeinschaftsrechten an Ressourcen würde Garantien für die Einwohner naturreicher Gebiete formulieren, damit ihre Existenzrechte nicht weiter von Bergbau-, Holz-, Energie- oder Ölgesellschaften missachtet werden.

Wir schlagen auch die Gründung einer Weltkommission über Bergbau, Gas- und Ölförderung vor. Nach dem Vorbild der Weltkommission über Staudämme sollen Repräsentanten lokaler Gemeinschaften, NGOs, Unternehmen und Regierungen die bisherigen Erfahrungen auswerten und Kriterien für zukünftige Entscheidungen aufstellen.

Bürgerrechte in Umweltfragen Eine Politik der Nachhaltigkeit setzt eine nachhaltige politische Unterstützung und damit eine lebendige Öffentlichkeit voraus. Deshalb müssen Umweltbürgerrechte – das Recht auf Information, Verbraucherrechte oder das Vorsorge- und Verursacherprinzip – auf allen Ebenen in Gesetze überführt werden. Dazu könnte man die „Århus-Konvention über den Zugang zu Informationen, Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten“ zu einem globalem Abkommen ausbauen.

Auf-Wertung der Natur Marktpreise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Nur Preise, welche die vollständigen Kosten widerspiegeln, stellen sicher, dass wirtschaftliche Entscheidungen mit einem Minimum an Umweltauswirkungen getroffen werden. Eine vollständige Kostenrechnung erfordert die Beseitigung umweltschädlicher Subventionen. Letztere bestrafen Ressour-

conschonung und sind oft nur Wohlfahrtsleistungen an Unternehmen, zum Vorteil der Reichen und Nachteil der Armen. Nötig ist auch eine internationale Initiative für eine ökologische Steuerreform, die statt der eingesetzten Arbeit den Ressourcenverbrauch und die Abfallproduktion belastet. Überdies verlangt eine vollständige Kostenrechnung, dass Entgelte auf die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter wie die Erdatmosphäre, den Luftraum und die Meere erhoben werden. Unbeschränkter Zugang begünstigt den Überverbrauch, während faire Gebühren zu höherer Ressourceneffizienz ermutigen.

Märkte und Gemeinwohl Die internationale Handelsordnung muss darauf ausgerichtet sein, Nachhaltigkeit und Fairness zu fördern und nicht nur wirtschaftliche Effizienz. Die Handelsliberalisierung im Stile der WTO untergräbt die soziale Ordnung, gefährdet die Nahrungssicherheit und setzt Ökosysteme weltweit einem erhöhten Risiko aus. Was Not tut, ist nicht freier Handel, sondern fairer Handel auf allen Ebenen. Um Existenzrechte zu sichern braucht es Abkommen über fairen Handel zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern, zwischen lokalen Gemeinschaften und Unternehmen sowie Regionen und Wirtschaftsverbänden.

Ökologie und Gerechtigkeit werden die Stiefkinder der WTO bleiben, wenn nicht der politische Spielraum für Nationen erweitert wird, dem Gemeinwohl mehr Geltung in der Handelspolitik zu verschaffen. Es bedeutet ebenfalls, dass Umweltverträgen Vorrang vor Handelsabkommen zukommen sollte. Außerdem sind sowohl Handelsbeziehungen wie auch das Verhalten wirtschaftlicher Akteure mit den Prinzipien der Menschenrechte und der Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen. Auf längere Sicht ist deshalb auf ein Rahmenwerk für sozial rechenschaftspflichtige Produktion hinzuwirken, das alle kommerziellen Aktivitäten umfasst. Freiwillige Vereinbarungen wie der Global Compact und die Global Reporting Initiative sind nicht ausreichend. Ziel muss eine Konvention zur Umwelt- und Sozialpflichtigkeit transnationaler Unternehmen sein, die zügig in Angriff zu nehmen ist.

Reform internationaler Finanzarchitektur Spekulatives Kapital ruft Währungsturbulenzen und Währungsturbulenzen rufen erhöhte Sozial- und Umweltkosten hervor. Das Monopol des noch immer überbewerteten US-Dollars als Reservewährung muss abgelöst werden. Für ein stabileres Währungssystem könnte auch eine Steuer auf Währungstransaktionen sorgen.

Überfällig ist auch ein Schuldenerlass, gerade wenn man die ökologischen Schulden in Rechnung stellt, die der Norden über Jahrhunderte gegenüber dem Süden angesammelt hat. Ebenso wichtig ist eine Abschaffung der Strukturanpassungsprogramme. Weltbank und Internationaler Währungsfonds müssen für beschränk-

tere Missionen umorientiert, demokratisiert und umstrukturiert werden.

Tauschhandel ermöglicht Volkswirtschaften, die auf Rohstoffen und Ressourcen basieren, einen direkten Handel miteinander ohne dass vorher Devisen in Schlüsselwährungen gehalten oder verdient werden müssen. Die Strategie der Armutsminderung könnte deshalb einen grenzüberschreitenden elektronischen Tauschhandel mit einschließen.

Institutionen für den Wandel Historisch neue Aufgaben erfordern auch neue Institutionen. Zunächst sollte das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) aufgewertet und schrittweise zu einer Weltumweltorganisation weiterentwickelt werden, die auch die Sekretariate der Konventionen umfasst.

Der Wechsel zu einer erneuerbaren Ressourcenbasis ist eine weltweite Aufgabe, die durch die Einrichtung einer dezentral angelegten Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien unterstützt werden sollte.

Wichtig ist auch die Reorganisation der Konfliktlösung auf internationaler Ebene. Derzeit ist die WTO einseitig für die Streitschlichtung zuständig, was dem Prinzip der Gewaltenteilung Hohn spricht. Der Internationale Schiedsgerichtshof könnte internationale Streitfälle zwischen Umwelt-, Handels- und Sozialnormen beilegen.

Ein Pakt für Johannesburg Im März 2002 hat der UN-Generalsekretär einen „Global Deal“ zwischen industrialisierten und weniger industrialisierten Ländern vorgeschlagen. Der Vorschlag kommt zur rechten Zeit. Inhaltlich aber trägt er den Stempel einer am Ideal der „Entwicklung“ orientierten Welt, in der die Länder des Südens aufzuholen haben, unterstützt vom Kapital und Sachverstand-Transfer des Nordens.

Wir schlagen vor, die Begriffe des globalen Paktes wie folgt neu zu definieren: Zurückhaltung (in der Nutzung von Ressourcen und der Machtausübung), Wiedergutmachung (vom Norden an den Süden) und Rechte (für Bürger und lokale Gemeinschaften). Zunächst könnte sich der Norden verpflichten

- den absoluten Ressourcenverbrauch nicht zu erhöhen,
- einen Schuldenerlass zu gewähren und
- ökologische Unterstützung zu geben

Der Süden könnte sich verpflichten,

- seine Position auf dem Human Development Index zu verbessern und
- die Verpflichtungen aus Umweltverträgen sowie Sozial- und Umweltstandards im Handel anzuerkennen.

Ein solcher globaler Pakt wäre ein wichtiger Schritt für den Bau einer Weltgesellschaft, die nicht auf Gewalttätigkeit und Willkür gegründet ist, sondern auf gegenseitiger Verantwortung und gleichen Rechten. ■

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

AutorInnen des Jo'burg Memos

Wolfgang Sachs, Deutschland
Koordinator und Redakteur

Henri Acselrad, Brasilien

Farida Akhter, Bangladesh

Ada Amon, Ungarn

Tewolde Berhan Gebre Egziabher, Äthiopien

Hilary French, USA

Pekka Haavisto, Finnland

Paul Hawken, USA

Hazel Henderson, USA

Ashok Khosla, Indien

Sara Larraín, Chile

Reinhard Loske, Deutschland

Anita Roddick, Großbritannien

Vivienne Taylor, Südafrika

Christine von Weizsäcker, Deutschland

Sviatoslav Zabelin, Russland

Assistent für Koordination und Redaktion

Heman Agrawal, Indien/Deutschland

Die deutsche Langfassung und das englische Original des *Jo'burg-Memo* stehen unter www.joburgmemo.de zum Download zur Verfügung. Sie können kostenlos bestellt werden bei: Vera Müller-Plantenberg, Fon ++49/(0)30/285 34-243, E-Mail memo@boell.de

Impressum

Das Jo'burg-Memo *kompakt* ist eine Sonderveröffentlichung des Umweltinformationsdienstes *punkt.um* 6/2002

Herausgeber Heinrich-Böll-Stiftung
Rosenthaler Str. 40/41, D-10178 Berlin
Fon ++49/(0)30/285 34 -0, Fax -109
E-Mail info@boell.de, www.boell.de
www.worldsummit2002.de

Verlag ökom

Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH
Waltherstr. 29, D-80337 München,
Fon ++49/(0)89/544 184-0, Fax -49,
E-Mail oxenfarth@oekom.de, www.oekom.de

Redaktion Anke Oxenfarth, ökom Verlag

Satz & Layout Michael Pickardt, Berlin

Druck Ulenspiegel Druck,
Besengaß 4, D-82346 Andechs

Fotos KNA-Bild (S. 1), Brian Moody (Anita Roddick, S. 5)